

Zwangspanychiatisierung in Gießen

Willkür durch Justiz und Psychiatrie wird immer deutlicher!

Gustl Mollath war der erste Fall, der in die Medien brachte, dass in Deutschland zum einen willkürlich und zum anderen sogar aus politischen Interessen Menschen einfach hinter den Mauern und Zäunen der geschlossenen Psychiatrien landen. Seit Herbst 2013 wird nun in Gießen ein ähnlicher Fall verhandelt. Und auch hier treten immer deutlicher Ungereimtheiten zutage.

Jb Vier Monate war der Linken-Kreistagsfraktionschef Dennis Stephan weggeschlossen, wurde gegen seinen Willen behandelt, fixiert und zwangsmedikamentiert. Das gesetzlich verbriefte Recht einer Patientenverfügung wurde ebenso mit Füßen getreten wie die bestehende Vorsorgevollmacht ignoriert. Als die ersten Medien kritisch berichteten, verhängte die Klinik in arroganter Manier eine Kontaktsperre. Peinliche formale Fehler der Psychiater brachten ihm Ende 2013 die Freiheit wieder, nachdem er die ersten

Verhandlungstage im angezettelten Strafprozess gegen ihn in Handschellen betrat.

Doch spätestens die Vernehmung von Zeug_innen rund um einen Autounfall am Pfingstmontag 2013 führte zu einem ganz anderen Verdacht – nämlich dass der Fahrer des Wagens geschützt werden sollte. Denn ziemlich klar sichtbar wurde, dass dieser Dennis Stephan nicht nur überfuhr und schwer verletzte, sondern das aus Wut heraus absichtlich tat. Die Staatsanwaltschaft hatte die Ermittlungen gegen den bekannten Ex-Regionalpolitiker, der am Steuer saß, schnell beendet, nicht einmal ein Unfallgutachten anfertigen lassen und auch die Ergebnisse des Alkoholtests beim Fahrer aus der Akte genommen.

Polizeibeamt_innen, die den Linkenpolitiker einige Wochen nach dem „Unfall“ verhafteten und ohne Rechtsgrundlage in die Psychiatrie steckten, waren wenige Verhandlungstage später als Zeug_innen geladen. Ihre Aussagen riefen erheblichen Unmut im Publikum hervor. Höhepunkt war die Aussage des Gießener Beamten Fett. Er wähnte sich von Beginn an auf der Jagd nach einem gefährlichen Verrückten, konnte als Grund für diese Annahme aber nur

Informationen aus dem Polizeifunk benennen. Dem auf ihn nach eigener Aussage „harmlos“ wirkenden, auf einer Bank sitzenden Gesuchten drohte er sofort den Einsatz von Pfefferspray an. Auch dazu konnte er auf Nachfrage keinen Grund benennen. Die Frage des Angeklagten, was dieser hätte tun können, um der Drohung zu entgehen, verstand der Polizist zunächst mehrfach nicht und antwortete dann „Nicht da sein“. Auch für die Einlieferung in die Psychiatrie fiel dem Beamten kein Grund ein.

Eine Zusammenfassung der Abläufe findet ihr auch in der Jungen Welt vom 16.1.2014 (www.jungewelt.de/2014/01-16/058.php).

Der bisherige Verlauf führte am 28.1.2014 erstmals zu öffentlichen Protesten auf der Straße. „Wir wollen nicht länger einfach nur fassungslos dabei sitzen“, formulierte es eine Prozessbeobachterin. Die Vielzahl von Meldungen weiterer Personen, die über Rechtsbrüche, Schikanen und Quälereien in den geschlossenen Psychiatrien in Hessen (Haina und Gießen) und anderswo berichten, erhöhte den Wunsch, sich öffentlich zu zeigen. Der Protestzug führte durch die Stadt auf das Gelände der Vitosklinik, wo auch Dennis Stephan einige Zeit festgehalten wurde. Dass nur eine kleine Runde von Menschen das Gelände erreichte und dort mit Lautsprechern auch zu den Inhaftierten sprach, lag auch am Desinteresse bis Boykott durch etliche linke Gruppen. Zwischen dem Träger der Vitosklinik (Landeswohlfahrtsverband) und z.B. Gewerkschaften bestehen personelle Verflechtungen. Andere, z.B. marxistische Gruppen, bezeichneten solche Demos als „lächerlich“. Links war aber noch nie emanzipatorisch – und vielleicht erinnerte sich manche_r auch an die Psychiatrisierungspraxis



Bei der Demo